



Das neue Postgesetz

Das Aus für deinen Job?

Gräfenhausen

Inhalt

TARIF

Erfolgreicher Abschluss
bei Karstadt FIEGE 4

MITBESTIMMUNG

Strafbefehl gegen früheren
Bremer Dachser-Chef 5

TITELTHEMA

Für die Zukunft unserer
Arbeitsplätze 6–7

LKW-FAHRER*INNEN

Trucker-Protest 2.0 8–9

DHL GROUP

Inflationsausgleichs-
zahlung bei der DHL Group 10

SERVICE

Termine 11–12

IMPRESSUM

bewegen: Nr. 6/2023, 22. Jahrgang
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesvorstand: Frank Werneke, Andrea Kocsis
Redaktion: Rory Linton (verantwortlich)
Kontakt & Anzeigenverkauf: bewegen.psl@verdi.de
Redaktionsanschrift: ver.di Bundesverwaltung, Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik, 10112 Berlin
Erscheinungsweise: 8 Ausgaben pro Jahr
Druckauflage: 196.637
Gestaltung: datagraphis GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt, www.datagraphis.de
Druck: Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Titelillustration: David Cords

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 7/2023: 18. Oktober 2023
 Ausgabe 8/2023: 15. November 2023

VERSANDBEGINN

Ausgabe 7/2023: 10. November 2023
 Ausgabe 8/2023: 8. Dezember 2023



Gedruckt auf GraphoSilk FSC® 80 g/m²

75 Jahre als Gewerkschafter!

Ein Jubiläum mit Seltenheitswert: Am 25. August 2023 ehrte der ver.di-Bezirk Düssel-Rhein-Wupper den Kollegen Hermann Sommer für seine 75-jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft. Die Ehrung des Jubilars fand in Solingen im Haus Müngsten statt. Hermann Sommer trat der Gewerkschaft im März 1948 bei – noch neun Monate vor der Gründung der Deutschen Postgewerkschaft im Juni 1949.



Foto: Albert Fuchs

Hermann Sommer (Mitte) mit Claudia Lemmer (Ortsverein Solingen, links) und Angela Steinhaus (Ortsverein Remscheid, rechts)

Weihnachtsgeld bei der Deutschen Post AG – Frist zur Ausübung des Wahlrechts läuft!

Der diesjährige Tarifabschluss bei der Deutschen Post AG brachte eine große Verbesserung für Neueingestellte mit sich: Beschäftigte, die bisher kein Weihnachtsgeld bekamen, erwerben bereits nach einer nur 30-tägigen Tätigkeit einen anteiligen Anspruch auf ein 13. Monatsgehalt! Darüber, wie das Weihnachtsgeld ausbezahlt wird, besteht – auch in bestehenden Arbeitsverhältnissen – ein Wahlrecht.

Entweder kann man sich das Weihnachtsgeld im November als Sonderzahlung überweisen lassen. Gezahlt werden 100 Prozent des Oktoberentgelts bzw. ein Zwölftel davon für jeden Monat, in dem das Arbeitsverhältnis besteht.

Die zweite Option besteht darin, sich im November 50 Prozent des Oktoberentgelts auszahlen zu lassen und die restlichen 50 Prozent in monatlichen Teilbeträgen von 1/24 des Oktoberentgelts.

Für Arbeitnehmer*innen, deren Arbeitsverhältnis zum oder nach dem 1. Januar 2023 begründet wurde, findet automatisch die monatliche Teilauszahlung (zweite Option) Anwendung. Auszubildende, die in 2023 übernommen wurden, gehören ebenfalls zu dieser Gruppe. Alle Arbeitnehmer*innen können jeweils bis 30. November die Art der Auszahlung für das Folgejahr wählen. Dafür müssen sie sich bei der zuständigen Personalabteilung melden.

Für Gleichbehandlung, gegen Rassismus!

Die Bewerbungsfrist für den Wettbewerb ‚Die Gelbe Hand 2023/2024‘ hat begonnen. Der Wettbewerb wird vom gemeinnützigen Verein ‚Mach‘ meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e. V.‘ ausgerichtet. Jährlich sind Auszubildende, Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schüler*innen an Berufsschulen und Berufskollegs sowie alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden, aufgefordert, sich mit dem Thema Rassismus und Diskriminierung in der Arbeitswelt auseinanderzusetzen.

Gesucht werden kreative Beiträge in digitaler Form. Dabei sind sowohl Video- und Audioprojekte als auch andere künstlerische Ideen willkommen. Eurer Kreativität sind keine Grenzen gesetzt! Zu gewinnen sind Preise von bis zu 1.000 Euro für den ersten Platz. Einsendeschluss für alle Beiträge ist der 14. Januar 2024. Weitere Informationen: kurzelinks.de/6rfy.

red



Mehr Geld im Portemonnaie

Die Beschäftigten in der **DPDHL FDM GmbH** erhalten zum 1. Oktober 2023 den zweiten Erhöhungsschritt aus der Tarifrunde im Herbst 2021. Danach werden die Tabellen um 2,3 Prozent erhöht. Bereits zum 1. Juli 2022 wurden die Entgelttabellen um 2,7 Prozent angehoben. Der Tarifvertrag ist zum 31. Dezember 2023 kündbar.

Am 1. November 2023 erhalten die Beschäftigten bei der **Deutschen Post IT Services GmbH** einen weiteren Erhöhungsschritt aus der Tarifrunde im September 2021 in Höhe von 2,5 Prozent. Bereits im November 2022 wurden die Entgelttabellen um 2,5 Prozent erhöht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Januar 2024.

Bei der **EAT Leipzig GmbH** erhalten die Kolleg*innen den zweiten Teil der vereinbarten Inflationsausgleichssonderzahlung in Höhe von 1000 Euro netto im Monat November 2023.

Im Osten geht die Sonne auf!

Einen regelrechten Verhandlungsmarathon hat der Landesbezirksfachbereich Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen (SAT) in den letzten Wochen hinter sich – und das mit hervorragenden Ergebnissen!

Mit drei Arbeitgeberverbänden konnten Abschlüsse erreicht werden, die für die Beschäftigten in der Branche kräftige Entgelterhöhungen bedeuten.

- Spedition und Güterverkehr Sachsen – Entgelterhöhung von 18,45 Prozent in drei Schritten mit einer Laufzeit von 24 Monaten.
- Logistik Sachsen – Entgelterhöhung von 17 Prozent in drei Schritten mit einer Laufzeit von 26 Monaten.
- Logistik Thüringen – Entgelterhöhung von 16,6 Prozent in drei Schritten mit einer Laufzeit von 24 Monaten.
- Logistik Sachsen-Anhalt – Entgelterhöhung von 17 Prozent in drei Schritten mit einer Laufzeit von 22 Monaten.

Dazu gibt es Verbesserungen bei den Jahressonderauszahlungensteigerungen um je 600 € und erhebliche Erhöhungen bei den Auszubildendenvergütungen.

ANZEIGE



Gemeinsam mehr erreichen!

Gewerkschaftlicher Schutz seit 1910.

Unsere Leistungen

Sicherheit im Beruf
Schutz auf allen Arbeitswegen
Unterstützung nach Unfällen
und vieles mehr...

Verbundenheit statt Versicherung.

Solidarkasse statt Gewinne,

Fairer Beitrag statt Kostenfalle.

Der Beitrag beträgt **24 Euro im Jahr**,
das sind 2 Euro pro Monat.

Schutz und Hilfe: Beispiel



Paketzusteller D. missachtete die Vorfahrt eines Radfahrers und verursachte einen Unfall mit Sach- und Personenschaden. Gegen Zahlung einer Auflage von 250 Euro wurde das Verfahren eingestellt. **Die GUV/FAKULTA zahlte 225 Euro Notfallunterstützung zur Abwendung seiner wirtschaftlichen Notlage.**

Jetzt Mitglied werden!

www.guv-fakulta.de



info@guv-fakulta.de

www.guv-fakulta.de



Fotos: Frank Indervoort

Erfolgreicher Abschluss bei Karstadt FIEGE

Ein guter Grund, stolz zu sein: Für die Beschäftigten des Logistikunternehmens FIEGE Galeria Karstadt Kaufhof (FIEGE GKK) konnte ein guter Abschluss in schwierigen Zeiten unter Dach und Fach gebracht werden. Die Ausgangssituation war alles andere als einfach, wie der zuständige Gewerkschaftssekretär Frank Indervoort betont. Den Verhandlungen über die Entgelte seien schwierige Sozialplanverhandlungen mit zunächst sehr mickrigen Zusagen vorausgegangen. Sie waren nötig, weil wegen der zweiten Insolvenz von GKK die Standorte Essen (ca. 400 Beschäftigte) und Kremen (ca. 60 Beschäftigte) 2024 geschlossen werden. Nur der Standort Unna mit ca. 1.400 Beschäftigten bleibt erhalten.

Obwohl ver.di am Ende einen guten Sozialplan durchsetzen konnte, war das Vertrauen zum Arbeitgeber FIEGE, der stets auf seinen familiären Umgang gepocht hatte, zerstört. „Besonders in Essen und Kremen waren die Leute wütend, wollten zusätzlich zu den Abfindungen für die letzten Monate ordentlich Geld sehen“, berichtet Indervoort.

Schwierige Verhandlungen

So stießen in den ab April 2023 laufenden Entgeltverhandlungen die Arbeitgeberangebote nicht auf Gegenliebe: Auf dem Tisch lagen am 21. Juni zweimal 2,5 Prozent in 2023 und 2024 sowie ein einmaliger Inflationsausgleich von 500 Euro bei einer Laufzeit von 24 Monaten. ver.di hatte hingegen 11,5 Prozent mehr Lohn gefordert, mindestens jedoch 500 Euro – schließlich hatten die Beschäftigten 2022 und 2023 einen Reallohnverlust von 10 Prozent hinnehmen müssen. Der Lage des Unterneh-

mens war sich die ver.di-Kommission dabei bewusst. Dennoch seien Lohnerhöhungen notwendig – auch, um Arbeitskräfte zu halten bzw. neue zu gewinnen.

In den FIEGE-Betrieben kam es daraufhin vom 30. Juni bis 14. Juli 2023 zu Urabstimmungen für einen Erzwignungsstreik. „Das ist sehr ungewöhnlich für die Branche“, so Indervoort. Noch ungewöhnlicher war das Ergebnis: Die ver.di-Mitglieder bei FIEGE GKK stimmten in Kremen, Essen und Unna zu 100 Prozent für einen unbefristeten Streik unter dem Motto „Familie muss da sein, wenn man sie braucht.“ Nach nur einem Streiktag am 17. Juli mit hervorragender Beteiligung knickte das Unternehmen ein, erbat neue Verhandlungen.

Druck wirkt

Tatsächlich konnten für die Betriebe der FIEGE Karstadt Logistik stark verbesserte Tarifangebote veröffentlicht werden. Die

Auszählung einer erneuten Urabstimmung über das Angebot offenbarte am 9. August große Zustimmung der ver.di-Mitglieder: In Essen stimmten 92 Prozent, in Unna 75 Prozent und in Kremen 100 Prozent für die Annahme!

Beschäftigte an den Standorten Essen und Kremen erhalten nun rückwirkend ab 1. Mai 2023 eine Entgelt-erhöhung von 7,5 Prozent und eine zusätzliche Inflationsausgleichs-Sonderzahlung in Höhe von 1.250 Euro (netto), auszuzahlen in zwei Raten im Oktober 2023 und im Januar 2024. Die Sonderzahlung gilt auch für Beschäftigte, die vor der Betriebsschließung ausscheiden, sofern sie am 27. Juli 2023 dort tätig waren. Der Tarifvertrag läuft über 12 Monate bis zum 30. April.

Am Standort Unna erhalten die Beschäftigten rückwirkend ab Mai 2023 bis Dezember 2023 eine monatliche Inflationssonderzahlung von 120 Euro, im Januar 2024 winkt eine weitere einmalige Sonderzahlung in Höhe von 350 Euro. Von Februar 2024 bis Dezember 2024 gibt es dann einen monatlichen Inflationsausgleich von 140 Euro. Und ab Januar 2025 erhöhen sich die Tabellenentgelte um 11,5 Prozent. Dieser Tarifvertrag läuft bis 30. April 2025.

„Unsere ungewöhnlich guten Verhandlungsergebnisse waren nur durch die Streiks und die Entschlossenheit der Beschäftigten zu erreichen“, resümiert Indervoort zufrieden. *Ute C. Bauer*

BEHINDERUNG DES BETRIEBSRATS

Strafbefehl gegen früheren Bremer Dachser-Chef

Endlich! Im Juli dieses Jahres erwirkte die Bremer Staatsanwaltschaft gegen einen früheren Niederlassungsleiter von Dachser Food Logistics Strafbefehl. Im Kern geht es um Behinderung der Betriebsratsarbeit und Einflussnahme. Der jetzt ausgesprochene Strafbefehl geht zurück auf eine Strafanzeige, die ver.di bereits im April 2020 gegen den damaligen Standortleiter erhoben hat.

Der Hintergrund: In der Bremer Niederlassung mit etwa 150 Beschäftigten war einige Jahre zuvor ein Betriebsrat gegründet und gewählt worden. „Wir hatten dort einen Betriebsratsvorsitzenden, der sich sehr für Tarifarbeit und Mitbestimmung eingesetzt hat. Das war dem Niederlassungsleiter ein Dorn im Auge. Er hat zunächst versucht, den Betriebsratsvorsitzenden „abzusägen“, berichtet der zuständige ver.di-Sekretär Jonas Lebuhn. Als dies nicht gelang, wurde Betriebsratsmitgliedern in Einzelgesprächen eine Entgelterhöhung angeboten, wenn sie das Gremium verlassen. Tatsächlich traten fünf Kollegen – Mitglieder und Ersatzmitglieder – zurück, das Gremium musste sich auflösen.

ver.di stellte daraufhin Strafanzeige wegen Behinderung der Betriebsratsarbeit und Einflussnahme. Behinderung von Betriebsratsarbeit ist nach dem Betriebsverfassungsgesetz eine Straftat und kann sogar mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden (§ 119 BetrVG). „Wir konnten im Nachhinein anhand eines Arbeitsvertrags beweisen, dass den Kollegen Geld in Form einer ansehnlichen Funktionszulage geboten wurde, wenn sie den Betriebsrat verlassen“, berichtet Lebuhn.

Die Bremer Staatsanwaltschaft ist der Auffassung von ver.di am Ende gefolgt und hat im Juli 2023 Strafbefehl gegen den damaligen Niederlassungsleiter erlassen. Der inzwischen verrentete

Ex-Chef muss eine Strafe in Höhe von 3.600 Euro zahlen – entsprechend 40 Tagessätzen á 90 Euro. „Das ist ein Stück Gerechtigkeit für die Belegschaft und ein Signal an andere Betriebe, dass sich Machtmissbrauch durch Führungskräfte nicht auszahlt. Ein Angriff auf den Betriebsrat ist immer auch ein Angriff auf die Beschäftigten“, so Lebuhn.

„Dass sich die Prüfung unserer Strafanzeige durch die Behörden über mehr als drei Jahre scheinbar endlos gezogen hat, ist neben der eigentlichen Straftat ein zweiter echter Skandal“, meint Lebuhn. Als Grund dafür hätten die Ermittlungsbehörden ihre große Arbeitsbelastung angegeben. Man habe jedoch nicht lockergelassen und darauf gedrungen, dass die Staatsanwaltschaft am Verfahren dranbleibt.

Er habe nach vergleichbaren Fällen gesucht, die verhandelt und ausgeurteilt worden sind, so Lebuhn. „Ich habe nichts gefunden, auch nicht auf der ver.di-Bundesebene oder bei anderen DGB-Gewerkschaften. Behinderung von Betriebsratsarbeit wird kaum jemals juristisch geahndet. Insofern ist es ein großer politischer Erfolg.“ Dabei sind solche Versuche im Grunde genommen an der Tagesordnung – nicht nur in der Logistikbranche.

„Betriebsratskollegen werden bestochen und verleumdet oder ihnen werden Straftaten andgedichtet, um sie fristlos kündigen zu können. Unser Glück war, dass wir eine in Aussicht gestellte Funktionszulage gegen Rückgabe des Betriebsratsmandats vorlegen konnten, unterschrieben vom Arbeitgeber“, so Lebuhn. So etwas komme so gut wie nie vor. Für ihn folge daraus: Man müsse als Arbeitnehmer immer alles gut dokumentieren, Zeugen dazu holen und vor allem mutig sein.

Ute C. Bauer



Foto: Neydstock – istockphoto.com



Illustration: David Cords

FÜR DIE ZUKUNFT UNSERER ARBEITSPLÄTZE

Am 9. Oktober 2023 ist es soweit: Zehntausende Postler*innen demonstrieren vor dem Brandenburger Tor für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Andrea Kocsis, stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende und Bundesfachbereichsleiterin Postdienste, Speditionen und Logistik, beantwortet unsere Fragen zum aktuellen Stand der Novellierung des Postgesetzes und erklärt, warum die Kundgebung so wichtig ist.

bewegen: Liebe Andrea, das neue Postgesetz hat in letzter Zeit viel Aufmerksamkeit erregt, nicht zuletzt wegen unseres Aufrufs zur Kundgebung am 9. Oktober. Warum ist das so ein großes Thema?

Andrea Kocsis: Die Ampelregierung arbeitet daran, das Postgesetz zu novellieren – das haben sie sich in dieser Legislaturperiode vorgenommen. Jetzt stehen wir laut der Regierung kurz vor dem Referentenentwurf des Gesetzes. Für uns als Gewerkschaft ist klar, dass das Postgesetz die Weichen für die Zukunft der Postbranche stellt. Es geht dabei um zehntausende Arbeitsplätze,

also um viele Existenzen. Und es geht um mehr als den Erhalt der Arbeitsplätze, es geht auch um die Gestaltung der zukünftigen Arbeitsbedingungen. Ermöglicht die Finanzierung der Postdienstleistungen weiter gute Tariflöhne für unsere Mitglieder? Das ist natürlich ein Riesenthema.

Allerdings betrifft es nicht nur die Beschäftigten in der Postbranche, sondern auch die Bürger*innen dieses Landes, die auf zuverlässige Postdienstleistungen angewiesen sind. Das Postgesetz regelt, wer wie und unter welchen Bedingungen Postdienstleistungen in Deutschland anbieten darf. Das betrifft

beispielsweise die Häufigkeit der Postzustellung und die Dichte der Filialen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

bewegen: Was will die Ampelregierung mit der Novellierung dieses Gesetzes erreichen?

Andrea Kocsis: Die Novellierung des Postgesetzes steht im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung. Laut dem Text wollen sie „sozial-ökologische Standards weiterentwickeln“ und den „fairen Wettbewerb“ stärken.

Natürlich ist es notwendig, dass die Postdienstleister in Deutschland sozial und ökologisch nachhaltiger arbeiten. Das braucht Investitionen in die Infrastruktur wie Betriebsstätten, Fahrzeuge und Arbeitsmittel und das wiederum braucht eine gesicherte Finanzierung. Ich bin jedoch sehr skeptisch in Bezug auf das Thema „fairer Wettbewerb“, denn fair ist er bisher nicht.

Schon als der Briefmarkt liberalisiert wurde, hielten schlechte Arbeitsbedingungen Einzug, wie ständige Befristungen, Teilzeitarbeit, Outsourcing, Leiharbeit. Damals war uns schon klar, dass der Briefmarkt schrumpfen wird und wie von uns erwartet, wurde der Wettbewerb über die Personalkosten und damit über die Beschäftigten ausgetragen. Die Niedrigstlöhne der neuen Unternehmen waren dann auch mit einer der Gründe dafür, dass auf unseren Druck der gesetzliche Mindestlohn eingeführt wurde.

Ich bin nun sehr gespannt, wie die Politik, die den Wettbewerb unbedingt erhalten möchte, auf dieser Basis einen fairen Wettbewerb herstellen möchte. Wenn die Arbeitsbedingungen nicht wirkungsvoll reguliert werden und die Sendungsmengen weiter zurückgehen durch die voranschreitende Digitalisierung, sehe ich schwarz für die Arbeitsbedingungen in der Branche. Die Folgen für die Beschäftigten wären katastrophal.

bewegen: Du sagst, dass die Folgen eines schlechten Postgesetzes „katastrophal“ sein könnten. Kannst du das genauer erläutern?

Andrea Kocsis: Unternehmen wollen Gewinne machen, das ist ihr Ziel. Wenn aber z. B. die Portokosten nicht angemessen und planbar erhöht werden dürfen, dann überlegt sich doch jedes Unternehmen, das nichts mehr verdient, ob es noch weiter investiert. Oder es versucht noch weiter an den Personalkosten zu sparen. Das könnte viele tausend Arbeitsplätze gefährden. Man kann gut am Beispiel der Paketbranche sehen, was das für Folgen auf die Arbeitsbedingungen hat. Der Markt ist durchdrungen von kriminellen Subunternehmen, bei denen Tarifbindung und Mitbestimmung und Gesundheitsschutz Fremdwörter sind.

Ein weiteres Beispiel sind die Qualitätsvorgaben. In Deutschland beträgt die vorgegebene Postlaufzeit für Briefe und Postkarten „E+1“, also Einwurftag plus ein Werktag. 80 Prozent der aufgegebenen Briefsendungen müssen am



Foto: Sandor Kocsis

Andrea Kocsis, Fachbereichsleiterin Postdienste, Speditionen und Logistik

nächsten Werktag zugestellt werden. Diese Vorgabe steht bei der Novellierung des Postgesetzes zur Disposition. Die Rede ist sogar von „E+3“ oder „E+4“. Das könnte zehntausende Arbeitsplätze auf einen Schlag kosten. Gleiches gilt für eine Reduzierung der Zustelltage.

bewegen: Wie bewertest du die aktuelle politische Situation in Bezug auf das neue Postgesetz?

Andrea Kocsis: Es ist eine schwierige Gemengelage. Wir sehen Kräfte in der Wirtschaft und Politik, die sich weiter für eine stärkere Liberalisierung und Öffnung des Postmarktes einsetzen – also für mehr Wettbewerb. Sie haben einen großen Einfluss, umso mehr, wenn wir das Postgesetz nicht zu einem öffentlichen Thema machen. Wir müssen sicherstellen, dass die Interessen der Beschäftigten in diesem politischen Prozess eine große und wichtige Rolle spielen.

bewegen: Was kann ver.di denn machen, um die Interessen der Beschäftigten in der Postbranche zu vertreten?

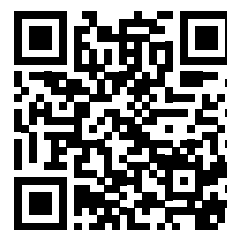
Andrea Kocsis: Wir führen schon seit langem Gespräche mit Politiker*innen, um sie von unseren Argumenten zu überzeugen. Selbstverständlich nehmen wir weiterhin aktiv an politischen Diskussionen teil, um sicherzustellen, dass die Stimme der Beschäftigten gehört wird.

Unsere größte Stärke liegt aber bei unseren Mitgliedern! Ich bin davon überzeugt, dass wir nur Gehör in der Politik finden, weil wir eine große, durchsetzungsstarke Gewerkschaft sind. Wir setzen daher auf eine breite Mobilisierung, um Druck auf die politischen Entscheidungsträger*innen auszuüben. Wir rufen in Berlin am 9. Oktober 2023 zur Großkundgebung auf unter dem Motto „Für die Zukunft unserer Arbeitsplätze“. Die Kundgebung in Berlin ist entscheidend, um der Politik klarzumachen, was hier auf dem Spiel steht. Es geht um Menschen und ihre Existenzgrundlagen.

bewegen: Welche Botschaft möchtest du an die Beschäftigten in der Postbranche und an die Öffentlichkeit richten?

Andrea Kocsis: An die Öffentlichkeit appelliere ich, die Bedeutung der Postdienstleistungen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erkennen und uns zu unterstützen. Die Qualität dieser Dienstleistungen betrifft uns alle. Es handelt sich um ein bedeutsames Gesetz, das die Rahmenbedingungen für den Postmarkt setzt. Dabei darf es nicht nur um wirtschaftliche Interessen gehen, sondern auch um die Gewährleistung der grundlegenden Versorgung der Bevölkerung mit Postdiensten.

In Richtung der Beschäftigten in der Postbranche möchte ich sagen, dass ihr zusammenstehen müsst, um eure Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen zu schützen. Das neue Postgesetz wird weitreichende Auswirkungen haben, und ihr habt jetzt die Chance, Gehör bei der Politik zu finden. Wir sehen uns dann in Berlin!



Mehr Infos:

psl.verdi.de/branche/postgesetz

MAZUR's RACE TO THE BOTTOM

Red Bull

IKEA

Audi

DACHSER
Intelligent Logistics

PORSCHE

OBI

INTERCARGO

DHL

SPEDITION
ROSNER

LOGISTIK

BAUHAUS

MAZUR's RACE TO THE BOTTOM

Powered by the supply chain:

TRUCKER-PROTEST 2.0

Seit Wochen harren osteuropäische Lastwagenfahrer am Rastplatz Gräfenhausen aus, um ausstehende Löhne einzufordern.

Der erfolgreiche Protest osteuropäischer Lastwagenfahrer vom April dieses Jahre macht Schule: Erneut haben sich Trucker des polnischen Unternehmens Mazur auf dem Rastplatz Gräfenhausen bei Darmstadt versammelt. Wie damals fordern sie die Zahlung ausstehender Gelder – insgesamt rund 500.000 Euro. Um eine Lösung herbeizuführen, nehmen sie auch die Kunden der skandalgeschüttelten Spedition in die Pflicht.

»Dass wir nach drei Monaten wieder hier stehen müssen, ist eine Schande für ganz Europa«, findet der Georgier Nikoloz Maisuradse*, der schon im April dabei war. Damals hatten rund 65 Kollegen wochenlang an der A5 ausgeharrt und so erreicht, dass Mazur seine Schulden bis auf den letzten Cent begleichen musste – insgesamt 303.363,36 Euro. Doch offenbar hat der Spediteur seine Praktiken seither nicht geändert. Mitte Juli stoppten wieder Mazur-Beschäftigte in Gräfenhausen. Anfänglich zahlte das Unternehmen sie schnell aus, doch es kamen immer mehr. Derzeit stehen gut 120 Fahrer an der Raststätte und warten auf ihr Geld. Darunter auch der Familienvater Maisuradse, dem Mazur seinen Angaben zufolge 4.250 Euro schuldet. »Er steckt sich das Geld in die

Tasche, das für unsere Kinder bestimmt ist«, schimpft er. »Wir brauchen Hilfe, damit diese Sauerei aufhört.«

Hilfe bekommen die Fahrer von Gewerkschaftsaktiven aus der Region, die regelmäßig Nahrungsmittel vorbeibringen. Da die Duschen am Rastplatz kaputt sind, hat der örtliche DGB einen Pendelservice eingerichtet: Zweimal pro Woche werden die Kollegen zu einer Sporthalle nach Darmstadt gefahren, um dort zu duschen. Ehrenamtliche »Waschpaten« sammeln die Kleidung der Fahrer ein und bringen sie gewaschen wieder zurück. Unterstützung erhalten sie auch vom DGB-Beratungsnetzwerk »Faire Mobilität« und dem niederländischen Gewerkschafter Edwin Atema, den die Fahrer zu ihrem Verhandlungsführer bestimmt haben.

»Wir müssen solidarisch sein«

Zu Beginn verhandelten die aus Georgien, Tadschikistan, Usbekistan, Kirgistan und Kasachstan stammenden Fahrer individuell. Als Mazur versprach, ihre Forderungen unter der Bedingung zu erfüllen, dass sie 20 Lkw mit wichtiger Fracht herausgeben, taten sie dies. Doch der Unternehmer brach wieder einmal seine Zusagen. Statt zu bezahlen, stellte er Strafanzeige »wegen Erpressung«. Die Fahrer haben daraus gelernt. »Wir haben beschlossen, nicht mehr einzeln, sondern kollektiv zu verhandeln«, sagt der Usbeke Timur Sultanov*. »Wir müssen solidarisch sein. Wenn einer nicht ausbezahlt wird, bleiben wir alle hier.«

Der Vater von vier Kindern ist nach Deutschland gekommen, weil er gehört hat, dass die Trucker hier unterstützt und geschützt werden. »Hier können wir Gerechtigkeit bekommen, in Polen ist das nicht möglich«, glaubt der 49-Jährige, dem Mazur nach seinen Angaben 4.600 Euro schuldet. Auch zuvor sei die Bezahlung oft verspätet gekom-

*Namen geändert

men, berichtet er. Zudem habe das Unternehmen immer wieder Beträge ohne Erklärung und Belege abgezogen. Auf Beschwerden habe es nie reagiert.

Von Abzügen berichten auch andere Kollegen. So würden zum Beispiel Strafzahlungen wegen Verstößen gegen das Kabinenschlafverbot vom Unternehmen einbehalten. Laut EU-Gesetzgebung muss den Fahrern für ihre wöchentlichen Ruhezeiten eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden. Doch Mazur macht das den Berichten zufolge nicht – und wälzt die Strafen auf die Fahrer ab.

Wie der polnische Spediteur Arbeitsschutzgesetze umgeht, zeigt auch ein weiteres Beispiel. »Wir haben Dokumente vorliegen, mit denen Beschäftigte auf ihr Recht verzichten, höchstens vier Wochen im Einsatz zu sein«, sagt Edwin Atema. »Sie mussten das Dokument unterschreiben, wussten aber gar nicht, was drinsteht, weil es in einer ihnen fremden Sprache verfasst ist.«

ver.di fordert Transparenz

Für Stefan Thyroke, der bei ver.di den Bereich Logistik leitet, zeigt der wieder aufgeflamnte Protest in Gräfenhausen, »wohin der über die niedrigsten Personalkosten ausgetragene Wettbewerb im europäischen Transportgewerbe führt«. Um das Sozialdumping zu beenden, brauche es einheitliche arbeitsrechtliche Standards, zum Beispiel über einen europäischen Mindestlohn und die konsequente Umsetzung der Entsenderichtlinie. »Vor allem müssen Vorgaben auch kontrolliert und durchgesetzt werden«, fordert der Gewerkschafter. »Doch es gibt praktisch keine Kontrollen – und das ist ganz offensichtlich politisch auch so gewollt.«

Um eine Lösung des Konflikts in Gräfenhausen herbeizuführen, nehmen die Trucker die Konzerne in die Pflicht, die – meist vermittelt über ein verzweigtes System von Subunternehmen – die Dienste von Mazur in Anspruch nehmen.

Thyroke verweist darauf, dass beispielsweise DHL nach dem April-Protest erklärt hat, nicht mehr mit Mazur zusammenzuarbeiten. »Das ist gut, doch offensichtlich reichen einfache Sicherheitsmaßnahmen nicht aus«, erklärt der Gewerkschafter. »Die Konzerne müssen Transparenz schaffen und sicherstellen, dass die Transporte nicht am Ende doch von Unternehmen durchgeführt werden, die Arbeitnehmerrechte mit Füßen treten.«

Auch die Firmen aus Industrie und Einzelhandel, deren Waren transportiert werden, dürften sich nicht wegduckern. »Sie müssen Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass die Fahrer ihr Geld bekommen«, fordert Thyroke. »Denn es geht nicht nur um Geschäftsbeziehungen und Verträge. In Gräfenhausen stehen Menschen.«

Daniel Behruzi, Darmstadt

Aktuelle Infos zum Protest in Gräfenhausen: psl.verdi.de

»DIE MENSCHEN SIND VERZWEIFELT«

Drei Fragen an Edwin Atema, der die Verhandlungen für die Mazur-Kollegen führt

bewegen: Seit Mitte Juli harren Trucker der Firma Mazur am Rastplatz Gräfenhausen bei Darmstadt aus. Was bedeutet das für diese Kollegen?

Die Menschen sind verzweifelt. Diese seit Wochen andauernde Situation übt einen enormen psychischen Druck auf sie aus. Wir hoffen jeden Morgen, dass niemand tot im Lkw liegt – das ist nicht nur dahergesagt. In ihrer Verzweiflung haben die Kollegen angekündigt, in den Hungerstreik zu treten. Der SPD-Bundesvorsitzende Lars Klingbeil hat sie gerade besucht und versprochen, Druck zu machen für eine Lösung – auch bei den deutschen Unternehmen, deren Waren von den Fahrern transportiert werden. Das gibt uns etwas Hoffnung.

bewegen: Wie kann eine Lösung herbeigeführt werden?

Der Ball liegt im Feld der Generalunternehmer und Endkunden. Darunter sind Konzerne wie DB Schenker, Mercedes, BMW, Obi, Red Bull und die Deutsche Post AG. All diese Unternehmen behaupten von sich, sie stünden für faire Arbeitsbedingungen. Dem müssen nun Taten folgen. Wie das geht, haben zwei österreichische Speditionen gezeigt, die den Fahrern jeweils 20.000 Euro gezahlt und dafür die Ware bekommen haben. Juristisch ist das möglich – man muss es nur wollen.

bewegen: Einige dieser Unternehmen haben erklärt, sie hätten keine Vertragsbeziehungen mit Mazur.

Das läuft über ein verschachteltes System von Subunternehmen. Als im April zum ersten Mal Mazur-Fahrer in Gräfenhausen protestierten, konnten die Firmen noch behaupten, sie wüssten von nichts. Das kann man jetzt nicht mehr gelten lassen. Müssen erst 100 Trucker aus Zentralasien die deutschen Firmen wegen Verstoß gegen das Lieferkettengesetz verklagen? Die Konzerne müssen Verantwortung übernehmen!



Foto: Bellish – stock.adobe.com

Inflationsausgleichssonderzahlung bei der DHL Group

EINZELNE UNTERNEHMEN DES KONZERNS VERWEIGERN ZAHLUNG

Seit Oktober 2022 dürfen Arbeitgeber ihren Beschäftigten freiwillig einen steuer- und abgabenfreien Betrag bis zu 3.000 Euro gewähren, um die hohe Inflation auszugleichen. Die Zahlung muss zusätzlich zum Arbeitslohn gezahlt werden. Um nachzuweisen, dass die Zahlung im Zusammenhang mit den Preissteigerungen steht, genügt ein einfacher Nachweis. Der Arbeitgeber muss – etwa durch einen Hinweis auf der Lohnabrechnung – die Zahlung als „Inflationsausgleichszahlung“ benennen.

Hohe Inflation

In Anbetracht der hohen Inflation 2022 (6,9 Prozent) und einer aktuell weiterhin hohen Inflationsrate von 6,1 Prozent ist es aus Sicht von ver.di zwingend erforderlich, dass die Auszahlung der Inflationsausgleichssonderzahlung an Beschäftigte der DHL Group ausgeweitet wird. Anfang Juli 2023 hat ver.di die DHL Group daher aufgefordert, Kolleg*innen, bei denen in diesem Jahr keine Entgelttarifverhandlungen mehr absehbar sind oder die an keinen Haustarifvertrag gebunden sind, einen Inflationsausgleich in voller Höhe von 3.000 Euro zu gewähren.

Dazu sind einzelne Unternehmen des Konzerns jedoch nicht bereit. Ginge es nach dem Willen dieser Arbeitgeber, sollten bei gegebener Friedenspflicht bestehende Haustarifverträge vorzeitig

verlängert werden; außerdem sollte über die Ausgestaltung bestehender Tarifverträge gesprochen werden. Dass die Inflationsausgleichssonderzahlung freiwillig und zusätzlich zum Arbeitslohn gewährt werden kann, ignoriert die Arbeitgeberseite vollständig. Lieber möchte sie angesichts gegebener Friedenspflicht darauf verweisen, dass Beschäftigte ihre Forderungen nicht mit den Mitteln eines Arbeitskampfes durchsetzen dürfen. Tarifverträge auf Augenhöhe setzen jedoch die Möglichkeit eines Arbeitskampfes voraus. Zutreffend hat das Bundesarbeitsgericht bereits 1980 ausgeführt, dass Tarifverhandlungen ohne das Recht zum Streik im Allgemeinen nicht mehr als ein „kollektives Betteln“ sind. Die auf dieser Basis erzielbaren Ergebnisse wären vorhersehbar.

Vereinzelte Auszahlung

Einzelne Unternehmen des Konzerns haben im August 2023 freiwillig einen Inflationsausgleich in Höhe von 500 Euro gezahlt. Damit haben sie faktisch eingeräumt, dass die Sonderzahlung nicht von bestehenden Tarifverträgen oder deren Ausgestaltung abhängig ist. Juristisch hindert diese Arbeitgeber nichts daran, weitere 2.500 Euro als Inflationsausgleich zu gewähren. Es scheitert einzig und allein an ihrem mangelnden Willen.

ver.di empfiehlt allen Betriebsräten bzw. Gesamtbetriebsräten in den Unternehmen des Konzerns, die sich einer Inflationsausgleichssonderzahlung bisher verweigert haben, diese weiterhin betriebsöffentlich zu fordern. Auch Beschäftigte in Unternehmen des Konzerns, die an einen Haustarifvertrag gebunden sind und bei denen in diesem Jahr keine Tarifverhandlungen mehr anstehen, werden berücksichtigt. ver.di wird bei der Aufstellung der Forderungen für die 2024 anstehenden Entgelttarifverhandlungen auf einem rückwirkenden Inflationsausgleich für die Jahre 2022 und 2023 bestehen.



Termine

AHLEN BeG Senior*innen Münsterland-Süd FB E, Mitgliedertreff, 1. Mittwoch im Monat, 10 – 12 Uhr, AWO, Freiheit 1.

ALBSTADT-EBINGEN BeG Senior*innen Zollernalb FB A, E, Stammtisch, 3. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Brauhaus“, Bahnhofstr. 4, Albstadt.

AUGSBURG BeG Senior*innen FB E, Aktuelles unter psl-bayern.verdi.de/ueber-uns/senioren/augsburg

BERLIN BeG Senior*innen Charlottenburg/Spandau FB E, Treff Mitgliedergruppe, 30. Oktober, 18 Uhr, „Zur Sorgenpause“, Krowelstr. 7; Mitgliederversammlung mit Jubilarehrung, 22. November, 14.30 Uhr, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstr. 8 A, Anmeld. Tel. 030 3726350.

BeG Senior*innen Reinickendorf/Wedding FB E, Stammtisch, jd. 2. Dienstag im Monat, 12 Uhr, Restaurant „Orakel“, Dannenwalder Weg 70; Info Tel. 0170 9358996.

BeG Senior*innen Steglitz/Zehlendorf FB E, Sprechstd., jd. 1. Montag im Monat, 10 – 12 Uhr; Öffentl. Vorstandssitzung OSG-Steglitz/Zehlendorf, 1. Freitag im Monat, 10 – 12 Uhr, jeweils „Hertha-Müller-Haus“, Argentinische Allee 89, Anmeld. erforderlich bis 4 Werktage vorher unter Tel. 030 8033561, Name u. Tel.-Nr. auf AB hinterlassen, evtl. Rückruf.

BeG Senior*innen Tempelhof/Neukölln FB E, Sprechstd., 3. Montag im Monat, 10 Uhr, Mediengalerie, Dudenstr. 10; Info Tel. 017631324309.

BOTTROP BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Montag im Monat, 17.30 Uhr, „Hürter“, Gladbecker Str. 19 a.

BRAUNSCHWEIG/SALZGITTER OV Senior*innen FB A, E, Treff, letzter Dienstag im Monat, 15 Uhr, „Rote Wiese“, Info Tel. 05331 2424.

CASTROP-RAUXEL BeG Senior*innen FB E, Stammtisch, jd. Samstag, 11 Uhr, „Kulisse“, Münsterstr. 1b.

CHEMNITZ OV Kraftfahrererkreis Sachsen West Ost Süd FB E, Sprechstunde, jd. 1. Samstag im Monat, 8 – 12 Uhr, Haus der Gewerkschaften, Augustusbürger Str. 31; Kontakt Tel. 0371 85798091, Mail kontakt@verdi-kfk-c-z.de

CRAILSHEIM BeG Senior*innen FB A, E, Treff, letzter Mittwoch im Monat, 14 Uhr, ESV-Gaststätte, Horaffenstr.

DORTMUND-LÜNEN BeG Senior*innen FB E, Sprechstd., letzter Dienstag im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di, Königswall 36.

DRESDEN / OSTSACHSEN BeG Senioren FB E, Mitgliederversammlung, 5. Oktober, Bereich Hoyerswerda, Anmeld. Tel. 035953 7456; Mitgliederversammlung, 11. Oktober, ehemaliges HPA 7 Dresden, Anmeld. Tel. 0351 4526575.

DÜREN Kraftfahrererkreis Düren-Aachen FB E, Treff, 2. Samstag im Monat, 10 – 13 Uhr, Truck Stop Düren (A4), Im großen Tal.

DÜSSELDORF BeG Senior*innen FB E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Goldener Kessel“, Schumacher Altstadt, Bolker Str. 44.

ESSEN BeG NL Betrieb Essen FB E, Mitgliederversammlung zur Fusion und Wahlen, 8. Oktober, 10 Uhr, Zeche Helene, Twentmannstr. 125.

ESSEN/MÜLHEIM BeG Senior*innen FB E, Info-Vormittag, 1. Donnerstag im Monat, 10.30 Uhr, „St. Elisabeth“, Dollenhofstr. 51, Essen.

FORCHHEIM BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Donnerstag im Monat, 15 Uhr, „Eichhorn“, Bambergerstr. 9; Programm unter www.oberfrankenwest.verdi.de/personengruppen/senioren

FÜRTH BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Dienstag im Monat, 10. Oktober, jeweils 14 Uhr, „Heinrichsklaus“, Sonnenstr. 21; Führung in Nürnberg mit Straßenkreuzer; 17. Oktober; Spanferkelessen in Tennenlohe,

16. November; Anmeld. für Veranstaltungen bei den Stammtischen, Info Tel. 0911 730165.

GAU-BICKELHEIM Sprechstunde mit der Polizei, 1. Dienstag im Monat, 19 – 22 Uhr, Autohof.

GÖPPINGEN BeG Senior*innen Fils-Neckar-Teck, FB E, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat (nicht im November), jeweils 14 Uhr, „Eichertstüble Jebenhausen“, Falkenstr. 155, Göppingen; Herbstwanderung, 20. Oktober, Treff 10.30 Uhr Bäckerei Popp; Info Tel. 07161 42403.

HAGEN BeG Senior*innen FB E, Info-Nachmittag, 11. Oktober, 15 Uhr, AWO-Begegnungsstätte Boelerheide, Overbergstr. 125, Anmeld. erforderl. bis spätestens 6. Oktober, Tel. 02338 8122.

HALLE/SAALE BeG Senior*innen FB E, Versammlungsfrühstück, 25. Oktober, 10 Uhr, Bistro „Tristan“ des MDR-Funkhauses, Anmeld. Tel. 0345 5223845.

HAMBURG BeG Post Hamburg Süd FB E, Treff, 1. Montag im Monat, 15 – 17 Uhr, „Dubrovnik Kupferkanne“, J.-Ludowieg-Str. 6.

BeG Senior*innen Hamburg Süd FB A, E, Treff, 1. Montag im Monat, 15 – 17 Uhr, „Dubrovnik Kupferkanne“, J. Ludowieg-Str. 6, Klubzimmer 1. Stock.

BeG Senior*innen Hamburg Zentrum FB E, Treff, 3. Dienstag im Oktober, 10 – 12 Uhr, ver.di, Besenbinderhof 60, Raum St. Georg, Ebene 9.

HEILBRONN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Hofwiesen“, Hofwiesenstr. 40, Heilbronn-Sontheim.

IDAR-OBERSTEIN BeG Senior*innen Nahe-Hunsrück FB A, E, Büro ersatzlos gestrichen, Hilfe weiterhin möglich, Tel. 06785 9993055, 0151 75083776.

INGOLSTADT BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 1. Mittwoch im Monat, 14.30 Uhr, „Fohlenweide“, Fohlenweide 1.

JENA/WEIMAR/GERA BeG Senior*innen FB E, Wandergruppe, 1. Woche



Termine

im Monat, näheres unter Tel. 03641 446002 und 03641 449912.

KAISERSLAUTERN BeG Senior*innen FB A, E, Treffen, 1. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Gasthaus „Quack“, Entersweilerstr. 74, Anmeld. Tel. 06302 7727.

KIRCHHEIM/TECK BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, „Hasen“, Siechenwiesen 1.

KÖLN-BONN-LEVERKUSEN BeG Senior*innen FB A, E, Jahrestreffen, 2. November, 13.30 Uhr, Einlass ab 12.30 Uhr, Mülheimer Stadthalle, Jan-Wellem-Str. 2, Mitglieder kostenlos, für Gäste Eintritt 10 Euro, Anmeld. bis 20. September, Mail bz.kbl@verdi.de

LÜDENSCHIED OV Lenne/Volme FB E, Stammtisch, 1. Dienstag im Monat, 18 Uhr, Gaststätte „Friedrichshof“, Friedrichstr. 31; Treff, jd. Dienstag,

18 Uhr, ver.di-Büro, 17 – 19 Uhr, Knapperstr. 42, mehr unter www.ortsvereinlennevolme.de

MANNHEIM BeG Brief, Stammtisch, 1. Montag im Dezember, 17 Uhr, „Krautwickel“, Mallaustr. 111. BeG Senior*innen Rhein-Neckar FB E, Treff, 1. Montag im Monat, 14 Uhr, „Krautwickel“, Mallaustr. 111.

MARBURG BeG Senior*innen FB A, E, Treff, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Details siehe Jahresprogramm.

MINDEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Donnerstag im November, 10 Uhr, „Zur Alten Fähre“, Barkhausen, Anmeld. für Frühstück bis montags vor dem Termin erforderlich, Tel. 0571 33554.

MÜNCHEN BeG Senior*innen FB A, E, Jubilarehrung, 10. Oktober, 14 Uhr, „Neuhauser Trafo“, Nymphenburgerstr. 171 A; Tagesseminar, 14. November, 10 – 16 Uhr, „Neuhauser Trafo“, Nymphenburgerstr. 171 a, Anmeld. Tel. 089 3590099, Mail c.sauer@t-online.de und Tel. 08193 8829, Mail e.huss@t-online.de

MÜNSTER BeG Senior*innen FB E, Treff, 1. Montag im Monat, 15 Uhr, Restaurant Hotel Münnich, Heere-mansweg 11; Info/Anmeldung Tel. 0251 97430230 oder Mail susanne.thiemann@magenta.de

NEUSS BeG Senior*innen FB A, E, Sprechstd., 1. Montag im Monat, 10 – 12 Uhr, ver.di, Glockhammer 31.

NÜRNBERG BeG Senior*innen Nürnberg/Schwabach/Roth FB A, E, Versammlung, 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Restaurant „Gartenstadt“, Buchenschlag 1; Info Tel. 09183 4374; Wandergruppe, Info Tel. 0911 863188, 0151 42880597.

OLDENBURG/UMLAND OV Senior*innen FB A, E, Digitalfotos, Info Tel. 0441 201203, Basteln, Spielen, Klönen, 2. Dienstag im Monat, 9 Uhr, Vereinslokal TV Metjendorf, Am Sportplatz, Info Tel. 0441 302972, Tel. 04402 4205; Jakkolo, alle 3 Wochen, Vereinslokal

des TV Metjendorf, Am Sportplatz, Info 0441 302972, Info Tel. 0441 505137.

PFAFFENHOFEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 3. Dienstag im Monat, 14 Uhr, „Hofbergsaal“.

REUTLINGEN BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Bürgertreff „Unter den Leuten“, Rommelsbacher Str. 1.

RHEINE BeG Senior*innen, Treffen, 10. Oktober, Vortrag Polizei; Vortrag „Hünenborg“, 7. November, Adventsfrühstück mit Vortrag, 5. Dezember, jeweils 10 Uhr, AWO, Auf dem Thie 24, Anmeld. Tel. 05971 2223 oder Mail hbems@t-online.de

SCHWÄBISCH GMÜND BeG Senior*innen FB A, E, Stammtisch, 2. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Casino Altenheim St. Anna.

TRIER BeG Senior*innen FB A, E, Trier-Saar-Mosel-Eifel, Stammtisch, 2. November, 9.30 Uhr, Bürgerhaus Trier-Nord, Franz-Georg-Str. 36 (neben Blumen Lambert), Anmeld. erforderlich per Tel. 0160 96342728 oder Mail verdi-Senioren-pt.trier@t-online.d, weitere Veranstaltungen und Informationen Tel. 0170 7261679.

ULM BeG Senior*innen FB A, E, Monatstreffen, 1. Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Söflinger Wirtshaus“; Info Tel. 07306 919333.

WEIDEN BeG Senior*innen Nordoberpfalz FB A, E, Treff 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr, Cafe Mitte, Am Stockerhutpark 1.

WOLFENBÜTTEL OV Senior*innen FB A, E, Sprechstd., jd. Montag, 9 – 12 Uhr, ver.di, Harzstr. 7; ver.di-Lohnsteuer-Service, Tel. 05331 88266.

WÜRZBURG BeG Senior*innen FB A, E, Versammlung, jd. 1. Donnerstag im Monat, 14 Uhr, „Vierjahreszeiten“; Seniorenwandergruppe, jd. Mittwoch im Landkreis, Info alfred.hoerner@t-online.de oder Tel. 0931 400040.

Alle Termine sind auch zu finden unter kurzelinks.de/vozc und unter orgawahlen.verdi.de

Kontakt

Geschäftsstellen und Rechtsberatung

Du benötigst rechtliche Hilfe oder hast eine Frage zu Tarifverträgen oder deiner Mitgliedschaft? Dann wende dich an deinen zuständigen ver.di-Bezirk. Diesen findest du unter: kurzelinks.de/894h

Für allgemeine Fragen steht dir *ver.di Direkt* zur Verfügung unter: 0800 83 73 43 3 (Mo. – Fr. von 7 bis 20 Uhr und Sa. von 9 bis 16 Uhr).

Digitale Ausgabe



kurzelinks.de/1fja